

## Merkblatt M09

### Datenschutzbestimmungen

Stand: 17.07.2023

#### Inhalt

1.	Zweck.....	1
2.	Gesetzliche Grundlagen .....	1
3.	Transferwege für den Datenaustausch .....	6
4.	Überwachung generell .....	7
5.	Einsatz von Überwachungsgeräten.....	7
6.	Videoüberwachung .....	8
7.	Auskunftspflicht.....	8
8.	Vollmacht.....	9
	8.1 Generalvollmachten .....	9
	8.2 Spezifische Vollmachten.....	9
	8.3 Einwilligung der betroffenen Person.....	9
9.	Link für weitere Informationen .....	9

#### 1. Zweck

Die Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit ist für betreute Personen, über welche Daten beschafft, verarbeitet, aufbewahrt und weitergegeben werden, von grundlegender Bedeutung. Das vorliegende Merkblatt soll Leitungspersonen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Einrichtungen, die Menschen mit Behinderung betreuen, Anwendungssicherheit hinsichtlich folgender Aspekte geben:

- den Austausch von Personendaten,
- den Anwendungsbereich von Vollmachten,
- den Einsatz von Überwachungsgeräten innerhalb der Häuser, der Zimmer, auf dem Einrichtungsareal und bei der Handy-Ortung.

Es geht dabei einerseits um den Datenschutz der betreuten Personen, andererseits aber auch um deren Sicherheit generell, insbesondere bezüglich Brandschutz. Beide Aspekte sind gegeneinander abzuwägen.

#### 2. Gesetzliche Grundlagen

Folgende Gesetze und Verordnungen enthalten einschlägige Bestimmungen zum Datenschutz:

Datenschutz-Grundverordnung der EU, EU-DSGVO	Die neue EU-DSGVO ist in der Europäischen Union anwendbar. Diese ist in der Schweiz nicht direkt als Gesetz gültig, dennoch sollte sie in der Schweiz beachtet werden. Anwendbar, wenn Schweizer Unternehmen/Behörden/ Institutionen etc.:  1. in der EU Waren oder Dienstleistungen anbieten <b>(beispielsweise Newsletter),</b>
----------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

2. das Verhalten betroffener Personen beobachten, soweit dieses in der Union erfolgt (**beispielsweise Google Analytics auf Webseite**) oder
3. wenn Personendaten durch einen in der EU domizilierten Auftragsverarbeiter bearbeiten lassen (**beispielsweise Cloud**). [Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)

**Anwendbarkeit:**

- **WhatsApp:** Messenger-Dienste wie beispielsweise WhatsApp wollen oft eine Berechtigung für unsere Kontaktdaten. Wir haben aber kaum eine genügende Ermächtigung von all unseren Kontakten, deren Personendaten weitergeben zu dürfen.  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)
- **Webseite:** Sobald durch unsere Webseite Personendaten von Seitenbesuchern bearbeitet werden, haben wir darauf hinzuweisen. Die erforderlichen Hinweise sind sehr weitgehend.  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)
- **Newsletter:** Der Versand eines Newsletters verlangt nach einem klaren Einverständnis der jeweiligen Empfänger.  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)
- **OK-Anklicken:** Ein vorschnelles Anklicken einer Einverständniserklärung kann Ihr System gefährden.  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)
- **Der Link, der lügt:** Im Internet "Datenschutz zulassen" und Ihre Mails gehören uns!  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)
- **Facebook:** Urteil EuGH zur Verantwortlichkeit eines Facebook-Fanpage-Betreibers (Fehlende Cookie-Warnung).  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)
- **Schulen:** Ein Überblick zu den Auswirkungen der EU-DSGVO auf die Schulen im Kanton Thurgau.  
[Weitere Informationen Datenschutz Kanton Thurgau](#)

<p>Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21.12.1937, StGB; SR 311.0</p>	<p>Art. 320 Verletzung des Amtsgeheimnisses</p> <p>1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Behörde oder als Beamter anvertraut worden ist, oder das er in seiner amtlichen oder dienstlichen Stellung wahrgenommen hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.</p> <p>Die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses strafbar.</p> <p>2. Der Täter ist nicht strafbar, wenn er das Geheimnis mit schriftlicher Einwilligung seiner vorgesetzten Behörde geoffenbart hat.</p>
<p>Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10.12.1907, ZGB; SR 210</p>	<p>Art. 28 B. Schutz der Persönlichkeit / II. Gegen Verletzungen /</p> <p><sup>1</sup> Wer in seiner Persönlichkeit widerrechtlich verletzt wird, kann zu seinem Schutz gegen jeden, der an der Verletzung mitwirkt, das Gericht anrufen.</p> <p><sup>2</sup> Eine Verletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung des Verletzten, durch ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.</p>
<p>Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 06.10.2000, ATSG; SR 830.1</p>	<p>Art. 47 Akteneinsicht</p> <p><sup>1</sup> Sofern überwiegende Privatinteressen gewahrt bleiben, steht die Akteneinsicht zu: (...); b. den Parteien für die Daten, die sie benötigen, um einen Anspruch oder eine Verpflichtung nach einem Sozialversicherungsgesetz zu wahren oder zu erfüllen oder um ein Rechtsmittel gegen eine auf Grund desselben Gesetzes erlassene Verfügung geltend zu machen; (...).</p>
<p>Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen vom 06.10.2006, IFEG; SR 831.26</p>	<p>Art. 2 Grundsatz</p> <p>Jeder Kanton gewährleistet, dass invaliden Personen, die Wohnsitz in seinem Gebiet haben, ein Angebot an Institutionen zur Verfügung steht, das ihren Bedürfnissen in angemessener Weise entspricht.</p> <p>Art. 7 Kostenbeteiligung</p> <p><sup>1</sup> Die Kantone beteiligen sich soweit an den Kosten des Aufenthalts in einer anerkannten Institution, dass keine</p>

	<p>invalide Person wegen dieses Aufenthaltes Sozialhilfe benötigt.</p> <p><sup>2</sup> Findet eine invalide Person keinen Platz in einer von ihrem Wohnsitzkanton anerkannten Institution, die ihren Bedürfnissen in angemessener Weise entspricht, so hat sie Anspruch darauf, dass der Kanton sich im Rahmen von Absatz 1 an den Kosten des Aufenthaltes in einer anderen Institution beteiligt, welche die Voraussetzungen nach Artikel 5 Absatz 1 erfüllt.</p>
<p>Gesetz über den Datenschutz vom 09.11.1987; TG DSG; RB 170.7</p>	<p>2. Bearbeitung von Personendaten</p> <p>§ 4 Zulässigkeit</p> <p><sup>1</sup> Personendaten dürfen nur bearbeitet werden, soweit hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht oder dies einer gesetzlichen Aufgabe dient.</p> <p><sup>2</sup> Personendaten und die Art, wie sie bearbeitet werden, müssen für die Erfüllung der Aufgaben geeignet und erforderlich sein.</p> <p><sup>3</sup> Personendaten dürfen nicht für einen Zweck verwendet oder bekanntgegeben werden, der nach Treu und Glauben mit dem ursprünglichen Zweck unvereinbar ist.</p> <p><sup>4</sup> Besonders schützenswerte Personendaten dürfen nur bearbeitet werden, sofern sich entweder die Zulässigkeit aus einer ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage ergibt oder eine gesetzliche Aufgabe die Bearbeitung zwingend erfordert oder aber der Betroffene ausdrücklich zustimmt oder seine Zustimmung vorausgesetzt werden darf, weil er entsprechende öffentliche Leistungen beansprucht.</p> <p>§ 8 Bekanntgabe an öffentliche Organe</p> <p><sup>1</sup> Personendaten dürfen öffentlichen Organen nur bekanntgegeben werden, sofern</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. das verantwortliche Organ hierzu gesetzlich ermächtigt ist oder</li><li>2. das empfangende Organ nachweist, dass es die Personendaten zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgabe benötigt oder</li><li>3. der Betroffene ausdrücklich zugestimmt hat oder seine Zustimmung nach den Umständen vorausgesetzt werden darf.</li></ol>

	<p>§ 13a Überwachungsgeräte</p> <p><sup>1</sup> Öffentlich zugängliche Orte dürfen zum Schutz von Personen und Sachen mit technischen Geräten überwacht werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Überwachung in geeigneter Weise erkennbar gemacht wird,</li><li>2. die gespeicherten Personendaten nach 100 Tagen gelöscht oder innerhalb dieser Frist mit einer Strafanzeige der Polizei übergeben werden und</li><li>3. die Aufsichtsstellen gemäss § 17 vorgängig über die Einführung einer Überwachung informiert wurden.</li></ol> <p><sup>2</sup> Das Anbringen von Überwachungsgeräten wird von jenem öffentlichen Organ angeordnet, dem das Benützungrecht oder die Hoheit über den zu überwachenden Ort zusteht.</p> <p><sup>3</sup> Das verantwortliche öffentliche Organ sorgt dafür, dass die Personendaten vor dem Zugriff unbefugter Personen geschützt sind. Es regelt die Zugangsberechtigung.</p>
<p>Verordnung des Regierungsrates über die Heimaufsicht vom 22.11.2005, RRV Heimaufsicht; RB 850.71</p>	<p>§ 19 Kantonale Audits</p> <p><sup>1</sup> Die Aufsichtsinstanzen orientieren sich am Wohl der betreuten Personen. Sie führen periodisch Audits durch und nehmen dabei insbesondere folgende Aufgaben wahr:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Überprüfung der Bewilligungsvoraussetzungen;</li><li>2. Überprüfung der Qualitätssicherung und internen Aufsicht;</li><li>3. Überprüfung der Rechtsstellung der betreuten Personen;</li><li>4. Befragung von betreuten Personen;</li><li>5. Beratung und Befragung von Führungsorganen und Personal.</li></ol> <p><sup>2</sup> Die Heime haben den Aufsichtsinstanzen auf Verlangen vollständig und wahrheitsgemäss Auskunft über die betreuten Personen, Personal und Betrieb zu erteilen und Einsicht in sämtliche Unterlagen sowie freien Zutritt zu allen Räumlichkeiten zu gewähren.</p>

	<sup>3</sup> Sie ermöglichen den betreuten Personen und dem Personal, sich unbeobachtet und frei zu äussern.
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------

### 3. Transferwege für den Datenaustausch

Über die hier aufgeführten Wege dürfen sensible Personendaten ausgetauscht werden.

- Bei IT-Tools, wie z.B. der „Abrechnungssoftware für Betriebsbeiträge im Behinder-tenbereich“ (ASBB) kommen hinsichtlich des Einloggens dieselben strengen Sicher-heitsstandards (zweifache Identifikation) wie beim E-Banking zur Anwendung. So ge-sicherte Tools können hinsichtlich des Transfers von Personendaten bedenkenlos verwendet werden, jedoch immer unter dem Vorbehalt, dass vor jedem Versand ge-prüft wird, ob der Empfänger das Datenmaterial auch erhalten darf. Dasselbe gilt für die Datenaustauschplattform „Bonsai“ des Kantons Thurgau, welche die Zusammen-arbeit von internen und externen Partner erlaubt. Die Authentisierung erfolgt bei die-sem Tool via Benutzernamen und Passwort für interne Nutzung und zusätzlich mit mTAN über das Internet.
- Das Intranet des Kantons Thurgau, welches vom Amt für Informatik (Afi) betrieben wird und an dem auch externe Einrichtungen und Organisationen angeschlossen sind, gilt ebenfalls als sicher. Dies gilt zudem für den E-Mail-Verkehr über speziell gesicherte Konten (z.B. Health Info Net, HIN, vgl. [www.hin.ch](http://www.hin.ch)).
- Zum Schutz von persönlichen Daten ist es wichtig, sichere Passwörter zu haben – zum Einstieg in den Computer, in das E-Mail-Konto, für persönliche Webseiten und mehr. Ein sicheres Passwort sollte mindestens acht Zeichen haben, Klein- und Grossbuchstaben, Ziffern und Sonderzeichen einschliessen und keine bekannten Wörter, Adresse, Geburtsdatum oder Telefonnummer enthalten.
- Faxgeräte gelten – mindestens noch mittelfristig – als sicher. Dies kann sich zu ei-nem späteren Zeitpunkt aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung und dem Weg über verschiedene Internetanbieter (Provider) ändern.

Nicht sicher ist das Internet. Auf einen Datentransfer über diesen Weg sollte grundsätz-lich verzichtet werden. Wenn aber doch, sollten nur verschlüsselte Informationen/ Personendaten weitergegeben werden, z.B. mit Initialen. Anstelle von „Hans Moser“ z.B. H.M. und anstelle des ganzen Geburtsdatums (03.08.1950) z.B. nur der Jahrgang 1950. Die Angabe von Versicherungsnummern etc. ist zu vermeiden. Sobald eine Per-son bestimmt oder bestimmbar ist, darf keine Sendung vorgenommen werden. In die-sem Fall würde es sich um eine Verletzung des Amtsgeheimnisses gemäss Art. 320 StGB handeln. E-Mails sollten grundsätzlich in einem objektiven, wertfreien und höflichen Ton verfasst werden, damit der Anreiz für eine Weiterverbreitung tief gehalten werden kann.

#### 4. Überwachung generell

Der Datenschutz schützt in erster Linie das Persönlichkeitsrecht und somit Personen. Das Datenschutzgesetz erlaubt in § 13a unter gewissen Auflagen den Einsatz von Überwachungsgeräten, sofern diese den Schutz von Personen und Sachen bezwecken. Die Zweckmässigkeit muss stets gegeben sein, dabei muss der Schutzgedanke immer im Vordergrund stehen. Eine elektronische Überwachung ist nicht zulässig, solange eine persönliche Überwachung ohne Weiteres durch das Personal gewährleistet werden kann. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit muss jeweils gegeben sein. Die Überwachung darf auch nicht unnötig auf bestimmte Bereiche erweitert werden (z.B. Überwachung von WC-Anlagen und Hausflure etc.).

Die Überwachung von betroffenen Personengruppen muss differenziert beurteilt werden. Es bestehen grosse Unterschiede betreffend die Mitsprachefähigkeit von Menschen mit psychischer oder kognitiver Beeinträchtigung oder bei betagten Personen. Darauf ist individuell Rücksicht zu nehmen.

Im Übrigen gelten die Weisungen des Departementes für Finanzen und Soziales (DFS) vom 26. August 2014 betreffend Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Wohn- und Pflegeeinrichtungen für Erwachsene.

#### **Achtung!**

Nicht passwortgeschützte Wireless LAN (WLAN) und Babyphone senden auf offenen Frequenzen, die von Dritten abgehört werden können.

#### 5. Einsatz von Überwachungsgeräten

Folgende Geräte dürfen von Einrichtungen in folgenden Fällen angewendet werden:

Geräte	Anwendungsfälle
Überwachung mit Kameras, mit Alarmmöglichkeit ins Pikettzimmer und/oder Signalübertragung auf ein Tablet, mit und ohne Aufzeichnung auf ein Speichermedium.	In Zimmern von bettlägerigen, unruhigen oder selbstgefährdenden Personen. In Isolierzimmern, geschlossenen Abteilungen, allgemeinen Räumlichkeiten, Treppenhäusern, in der Umgebung der Einrichtungen etc. Die Installation dient dem Schutz der betreffenden Personen.
Überwachung mit Abhörgeräten wie Babyphone, mit Alarmmöglichkeit ins Pikettzimmer und/oder Signalübertragung auf ein Tablet.	In Zimmern von bettlägerigen, unruhigen, selbstgefährdenden Personen. Die Installation dient dem Schutz der betreffenden Personen.
Überwachung mit Betteinlage und/oder Fussmatte, mit Alarmmöglichkeit ins Pikettzimmer und/oder	

Signalübertragung oder Kamerabild auf ein Tablet.	
Tür-Alarm	In Zimmern von überwachungsbedürftigen betreuten Personen. Nicht, um sie am Verlassen des Zimmers zu hindern, sondern um darauf aufmerksam zu machen.
Handy-Ortung	Um das Auffinden von verwirrten, desorientierten und dementen Personen zu erleichtern bzw. zu ermöglichen.

## 6. Videoüberwachung

In diesem Bereich besteht eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts, wenn die Anwesenden nicht wissen, dass eine Überwachung mittels Videoaufnahme statt findet. Dem kann mit einem schriftlichen Hinweis und/oder via optischer Anzeige während der Überwachung (z.B. mit rotem „Lämpfli“) entgegengewirkt werden.

Die Überwachung von öffentliche Räumen ist in § 13a DSG TG geregelt. Die Löschaufgabe nach 100 Tagen gilt auch für privat genutzte Räume.

Alle Einrichtungen haben die Verantwortlichkeiten hinsichtlich Überwachungsanlagen intern zu regeln, indem eine verantwortliche Person ernannt werden muss, welche die Einhaltung von § 13a DSG gewährleistet. Bei Aufzeichnungen ist dafür zu sorgen, dass der Zugriff auf das Aufnahmegerät nur mittels Passwort erfolgen kann.

## 7. Auskunftspflicht

Dem Sozialamt des Kantons Thurgau (SOA) obliegt gemäss IFEG die Platz- respektive Angebotsplanung. Diese kommt insbesondere bei Menschen mit schwerster körperlicher und kognitiver Beeinträchtigung, bei Personen mit starker Verhaltensauffälligkeit sowie bei betagten und dementen Personen zum Tragen. Zur Erfüllung dieses Auftrags ist das SOA auf Informationen über den Betreuungsbedarf, das Krankheitsbild, behinderungsbedingte Einschränkungen etc. angewiesen und ist gemäss § 8 DSG dafür legitimiert. Es kann z.B. bei den Sonderschulen oder anderen Einrichtungen, Behörden etc. Berichte einfordern, um in einer Einrichtung für erwachsene Menschen einen geeigneten Platz zu finden.

Die Weitergabe von Informationen von Heim zu Heim oder an andere Einrichtungen ist dagegen nicht erlaubt, weil diese gemäss § 8 DSG keine öffentlichen Organe darstellen.

Anlässlich von Aufsichtsbesuchen oder bei der Abklärung von Beschwerden ist das SOA auf Informationen, insbesondere im Personalbereich, angewiesen.

§ 19 Abs. 2 RRV Heimaufsicht legitimiert die Aufsichtsinstanzen, sämtliche Unterlagen, inklusive Finanzdaten, in Papierform und digital, zu sichten. Dem entsprechend dürfen



die Aufsichtspersonen insbesondere prüfen, ob das angestellte Personal die gesetzlichen Anforderungen erfüllt.

Bei Nachfragen betreffend hoher Betreuungskosten von betreuten Personen aus anderen Kantonen, ist das SOA als IVSE-Verbindungsstelle befugt, dem Wohnsitzkanton Auskunft in Form eines Nachweises über den Betreuungsbedarf (IBB-Verdichtungs-raster) zu geben. Dasselbe gilt umgekehrt für ausserkantonale betreute Personen mit Wohnsitz im Kanton Thurgau, für deren Finanzierung der Kanton Thurgau zuständig ist. Das SOA kann über die IVSE-Verbindungsstelle des Standortkantons dieselben Auskünfte von der ausserkantonalen Einrichtung einfordern.

## **8. Vollmacht**

### **8.1 Generalvollmachten**

Grundlage dafür sind §§ 4 und 8 DSG. Mit Generalvollmachten sind in erster Linie Beistände im Rahmen von umfassenden Beistandschaften (Art. 398 ZGB) oder direkten Angehörige ausgestattet.

### **8.2 Spezifische Vollmachten**

Das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Art. 390 ff. ZGB) verlangt, dass im konkreten Einzelfall jeweils eine Beistandschaft nach Mass angeordnet wird. Diese Form ist für involvierte Stellen einfacher, weil der spezifische Name des Amtes darin enthalten und die diesbezügliche Kompetenz somit eingeschränkt ist (Sozialversicherungszentrum, Sozialämter der Gemeinden etc.). Bei den Vollmachten besteht der „Grundsatz der Sparsamkeit“, der besagt, dass nicht mehr Daten als notwendig eingeholt werden dürfen. In dieser Form sind Auskünfte von Steuerämtern, Banken und Militärversicherungen nicht enthalten.

### **8.3 Einwilligung der betroffenen Person**

Um das Risiko der Erfüllung eines Straftatbestandes zu minimieren empfiehlt es sich, wenn immer möglich vorgängig die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Dies natürlich nur, sofern im Einzelfall keine umfassende Beistandschaft angeordnet worden ist.

## **9. Link für weitere Informationen**

Weitere Informationen über den Datenschutz können unter folgendem Link abgefragt werden: [www.datenschutz-tg.ch](http://www.datenschutz-tg.ch).

Der Datenschutzbeauftragte des Kantons Thurgau hat dieses Merkblatt im März 2019 eingesehen und genehmigt. Dessen Anwendung wird den betroffenen Einrichtungen empfohlen.